Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7111**

19. Wahlperiode 17.01.2019

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom 11. bis 12. Oktober 2018 in Wien (Österreich)

Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	**Teilnehmer der deutschen Delegation**	2
II.	**Einführung**	2
III.	**Ablauf der Tagung**	2
III.1	Eröffnungssitzung	3
III.2	Sitzung I: Sicherheit, Migration und Kontrolle der Außengrenzen	3
III.3	Sitzung II: Der europäische Beitrag zur Verbesserung der politischen und humanitären Situation in Syrien	4
III.4	Sitzung III: Die EU-Perspektive für den Westbalkan	4
IV.	**Arbeitsgruppen**	4
IV.1	Die Zukunft des Atomabkommens mit dem Iran nach dem Rückzug der USA	5
IV.2	Erleichterung der militärischen Mobilität in der EU innerhalb der Strukturen der PESCO	5
IV.3	Die OSZE als Schlüsselpartner im Ost-West-Dialog	5
V.	**Schlusserklärung des Ko-Vorsitzes**	6

I. Teilnehmer der deutschen Delegation

An der 13. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter Roderich Kiesewetter (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter,

Abgeordneter Christoph Neumann (AfD),

Abgeordneter Dr. Marcus Faber (FDP),

Abgeordneter Tobias Pflüger (DIE LINKE.)

II. Einführung

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten auch mit der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

III. Ablauf der Tagung

Die 13. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) fand auf Einladung des österreichischen Parlaments (österreichische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018) vom 11. bis 12. Oktober 2018 in Wien statt. An der Konferenz nahmen 125 Delegierte aus 28 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie 24 Delegierte aus drei Partnerländern, fünf Ländern des Westbalkans und der Türkei teil. Das Arbeitsprogramm war von der Agenda der österreichischen Ratspräsidentschaft geprägt.

Vor Konferenzbeginn kamen die Delegierten zu Fraktionssitzungen zusammen, um die Positionen abzustimmen. Es fanden Sitzungen der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) statt.

Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und drei weitere Sitzungsabschnitte unterteilt. Daneben hat die österreichische Präsidentschaft drei Arbeitsgruppen eingesetzt. Die Ko-Vorsitzenden der Konferenz haben nach Beendigung der Tagung eine gemeinsame Schlusserklärung zu den Konferenzergebnissen veröffentlicht. Die Schlusserklärung der Konferenz ist unter Punkt fünf dieser Unterrichtung abgedruckt.

Die österreichische Präsidentschaft hatte zusammen mit dem EP entschieden, Länder des westlichen Balkans als Beobachter zur Konferenz zu laden. Die österreichische Präsidentschaft hatte die Länder des westlichen Balkans als Beobachter akkreditiert, wogegen die Delegationsleiter aus Spanien, Griechenland und Zypern protestierten, die den Kosovo bisher nicht als Staat anerkannt haben. Laut Geschäftsordnung der Konferenz haben nur Länder einen Beobachterstatus, die entweder EU-Beitrittskandidaten oder europäische NATO-Mitgliedsstaaten außerhalb der EU sind (Artikel 2.2. GO). Eine Einigung konnte zwischen der Ko-Präsidentschaft und den beschwerdeführenden Ländern nicht erreicht werden. Die spanische und die zypriotische Delegationen verließen daraufhin die Konferenz.

Die nächste IPC GASP/GSVP wird vom 7. bis 8. März 2019 in Bukarest (Rumänien) auf Einladung des rumänischen Parlaments stattfinden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

III.1 Eröffnungssitzung

Wolfgang Sobotka, Präsident des österreichischen Parlaments, eröffnete die Konferenz und warb für eine Neuausrichtung der europäischen Außenpolitik, insbesondere der Afrikapolitik. Dabei gelte es Migration vorzubeugen und Fluchtgründe abzubauen. Weiterhin unterstrich er die Wichtigkeit der Einbindung der Westbalkanstaaten bei der Sicherung des Friedens in Europa. Die Präsidentin des österreichischen Bundesrates**, Inge Posch-Gruska**, lobte die EU als ein Friedensprojekt, das Stabilität und Frieden garantiere und dessen gelungener Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und sozialen Aspekten seine innere Stärke ausmache. „Ein Europa, das schützt", fasse diese Kernbotschaft als zentrale Aussage der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft zusammen. Die Hohe Vertreterin (HV) der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, **Federica Mogherini**, berichtete per Videozuschaltung über den aktuellen Stand der GASP und GSVP. Die ersten Schritte zur Stärkung der EU im Verteidigungsbereich seien mit der Gemeinsamen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), dem europäischen Verteidigungsfonds und der jährlichen Überprüfung der Verteidigungsausgaben erfolgt. Diese Schritte führten zu einer Vertiefung der Partnerschaft mit der NATO. Die HV unterstrich abermals, dass die EU kein militärisches Bündnis sei. Militärische Einsätze könne es immer nur im Kontext mit Mediation, Versöhnung und politischen Lösungen geben. Eine Verbesserung der zivilen Krisenprävention stehe gleichberechtigt im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Mit Blick auf den westlichen Balkan sprach sie sich für weitere wirtschaftliche Reformen, Verbesserung der Rechtstaatlichkeit und die Entwicklung von gutnachbarschaftlichen Beziehungen aus. In der Diskussion appellierte Abgeordneter **Tobias Pflüger** an die HV, für eine bessere parlamentarische Beteiligung an der ständigen strukturierten Zusammenarbeit zu sorgen und forderte, die Parlamente in die Entscheidungsprozesse bezüglich der PESCO besser einzubeziehen. Abgeordneter **Roderich Kiesewetter** mahnte einen partnerschaftlichen Umgang mit den südlichen Nachbarn der EU an. Die Umsetzung der PESCO sei zügig voranzutreiben und eine Kooperation mit afrikanischen Staaten zu erwägen. Die derzeitige Konzentration der Bemühungen auf den Außengrenzenschutz der EU solle, um Sicherheitszusammenarbeit mit Libyen und den Ländern der Sahelzone zu fördern, erweitert werden. Weitere Themen der Diskussion waren die Ukrainekrise und EU-Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation.

III.2 Sitzung I: Sicherheit, Migration und Kontrolle der Außengrenzen

Im ersten Sitzungsabschnitt zum Thema „Sicherheit, Migration und Kontrolle der Außengrenzen" erläuterte der Staatssekretär im österreichischen Verteidigungsministerium, **Wolfgang Baumann**, warum Österreich als Reaktion auf die Migrationskrise, das Militär unterstützend zur Grenzsicherung einsetzte. Er betonte, dass sich ein Kontrollverlust an den Grenzen nicht wiederholen dürfe, da irreguläre Migration und Terror die Stabilität Europas gefährdeten. Gleichzeitig müsse man die Bemühungen, Stabilität auf dem Westbalkan zu verstärken, erhöhen. Der stellvertretende Direktor der europäischen Grenzschutzagentur (Frontex), **Berndt Körner**, berichtete über den Ausbau der Agentur sowie deren Aufgaben und forderte eine weitere Aufstockung des Personals zur Erreichung der Ziele. Derzeit habe die Agentur knapp 800 feste Mitarbeiter. Zudem seien etwa 1400 Grenzschützer von den Nationalstaaten zusätzlich zu Frontex abgeordnet. Um die Aufgaben der Agentur wie zum Beispiel die Aufdeckung von grenzüberschreitender Kriminalität, die Bekämpfung von Menschenhandel oder die Unterstützung bei Rückführungen erfolgreich zu erfüllen, sei deutlich mehr Personal notwendig. Die Leiterin der Kommunikationsagentur Transcultural Communication und ehemalige Pressesprecherin des UNHCR, **Dr. Melita Sunjic**, unterrichtete die Delegierten über ihr Forschungsprojekt zu den Beweggründen von Migration. Aus den Interviews mit Geflüchteten leitete sie sieben Hauptthesen ab, um bestehende Narrative über Flucht und Flüchtlinge zu korrigieren. Sie warnte, dass kein Politiker gefährlicher sei als der, der einfache Antworten anbiete. In ihren Thesen äußerte sie unter anderem, dass Grenzschließungen als zentrales Mittel des Migrationsmanagements den Migrationsdruck erhöhen würden. Migranten würden höhere Risiken eingehen, je näher sie Europa kämen. Europa solle seine Grenzen schützen, jedoch nicht verschließen, um seine Seele nicht zu verlieren. In der Diskussion forderten viele Delegierte eine solidarische Lösung beim Umgang mit Flüchtlingen in der EU an. Bei der Überarbeitung der EU-Afrikapolitik sollte auch China mit einbezogen werden. Delegierte **Sabine Lösing** (Europäisches Parlament) mahnte die Schaffung legaler Migrationsmöglichkeiten in die EU und verstärkte Bemühungen bei der Bekämpfung der Fluchtursachen an. Einigkeit herrschte bei den Delegierten über die Notwendigkeit zur Stärkung von Frontex.

III.3 Sitzung II: Der europäische Beitrag zur Verbesserung der politischen und humanitären Situation in Syrien

Im zweiten Sitzungsabschnitt, in dem der europäische Beitrag zur Verbesserung der politischen und humanitären Situation in Syrien thematisiert wurde, sprach sich die Generalsekretärin des EAD, **Helga Schmid**, für eine politische Lösung zur Befriedung des Bürgerkriegs aus. Die EU könne derzeit nur über konditionierte Wiederaufbauhilfe politischen Druck ausüben. Diese Wiederaufbauhilfe werde erst ausgezahlt, wenn politische Lösungen auf den Weg gebracht seien. Nichtsdestotrotz stärke man derzeit bereits die syrische Zivilgesellschaft innerhalb und außerhalb des Landes und lege dabei den Schwerpunkt auf die Stärkung von Frauennetzwerken. Der Direktor für den Nahen Osten bei der Generaldirektion des europäischen Katastrophenschutzes und für humanitäre Hilfe, **Jean-Louis De Brouwer**, beklagte den schlechten Zugang zur Zivilbevölkerung in weiten Landesteilen, obwohl die syrische Regierung in über zwei Dritteln des Landes die Kontrolle ausübe. Die Verteilung der Hilfe sei ein täglicher Kampf mit Behörden und Milizen. Ziel müsse es sein, Syrien nicht zum dauerhaften Hilfeempfänger werden zu lassen. Der Direktor des Arab Center for Research and Policy Studies, **Salam Kawakibi**, beklagte, dass Europa nicht konsequent das Ziel einer Ablösung des syrischen Diktators verfolge. Er begrüße die Weigerung Europas zur Auszahlung von Wiederaufbauhilfe für Syrien, solange keine politische Lösung des Konfliktes in Sicht sei. Er gab seiner Verzweiflung und seiner Ohnmacht über die Lage in Syrien Ausdruck und forderte deutlich mehr politisches Engagement, um dem syrischen Volk ein Leben in Frieden und Würde zu ermöglichen. In der Diskussion kritisierten viele Delegierte den mangelnden Einfluss der europäischen Union bei einer Friedenslösung für Syrien. Abgeordneter **Tobias Pflüger** kritisierte die Zahlungen der EU an die Türkei für die Betreuung von syrischen Flüchtlingen. Er mahnte eine verbesserte Kontrolle der Verwendung der Geldleistungen an, da zu vermuten sei, dass die Hilfe syrisch-kurdischen Flüchtlingen nicht zugutekommen würde.

III.4 Sitzung III: Die EU-Perspektive für den Westbalkan

Im dritten Sitzungsabschnitt zum Thema „Die EU-Perspektiven für den Westbalkan“ sprach sich die österreichische Ministerin für Europa, Integration und Auswärtige Angelegenheiten, **Karin Kneissl**, dafür aus, den Begriff Westbalkan, der negativ konnotiert sei, durch den Begriff Südosteuropa zu ersetzen. Die Region sei ein verlässlicher Partner bei der Bewältigung der Migrationskrise gewesen und die Zukunft der Länder liege in Europa. Sie beklagte das geringe Reformtempo in den Ländern Südosteuropas und den Mangel an Rechtstaatlichkeit. Der Kampf gegen Korruption sei der Schlüssel zu weiteren Fortschritten in den Ländern und deren Beitrittsprozess in die EU. Nur so könne der Jugend eine Zukunftsperspektive in ihren Ländern gegeben und deren Abwanderung gestoppt werden. Der Geschäftsführer für Europa und Zentralasien beim EAD, **Thomas Mayr-Harting**, forderte von den Ländern des Westbalkans deutlich höhere Anstrengungen, um die Voraussetzungen für den Beginn des Beitrittsprozesses zur Aufnahme in die EU zu schaffen. Dazu seien umfassende Ansätze nötig, die deutlich über die Beilegung von Grenzstreitigkeiten hinausgingen. Auch er nannte Verbesserungen bei der Rechtstaatlichkeit und der Korruptionsbekämpfung als zentrale Bereiche, in denen dringend Verbesserungen erreicht werden müssen. Bei einer zielstrebigen Umsetzung von Reformen und politischer Einigkeit sei ein Beitritt der ersten Länder des Westbalkans 2025 durchaus erreichbar. **Theresia Töglhofer** von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik bemängelte, dass geopolitische Kriterien bei der Beurteilung der Reformfortschritte der Länder des Westbalkans häufig über die Bewertung der Beitrittskriterien gestellt würden. Dies führe bei den Menschen auf dem Westbalkan zu einem Gefühl von Willkür und Perspektivlosigkeit. Dem müsse die Politik durch Verbindlichkeit entgegenwirken und eine Beitrittsperspektive konkret und greifbar aufzeigen.

IV. Arbeitsgruppen

In drei Arbeitsgruppen (AG) setzten sich die Delegierten mit folgenden Themen auseinander: „Die Zukunft des Atomabkommens mit dem Iran nach dem Rückzug der USA“, „Erleichterung der militärischen Mobilität in der EU innerhalb der Struktur der PESCO“ sowie „Die OSZE als Schlüsselpartner im Ost-West-Dialog“.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

IV.1 Die Zukunft des Atomabkommens mit dem Iran nach dem Rückzug der USA

In der Arbeitsgruppe (AG) zum Thema „Die Zukunft des Atomabkommens mit dem Iran nach dem Rückzug der USA“ sprachen sich die Delegierten mit großer Mehrheit für ein Festhalten der EU am Atomabkommen aus und unterstützten die Strategie der EU, nach der das iranische Volk weiter von den Vorteilen des Abkommens profitieren solle. Gleichzeitig wurden jedoch die destabilisierenden Handlungen des Irans im Mittleren Osten kritisiert.

IV.2 Erleichterung der militärischen Mobilität in der EU innerhalb der Struktur der PESCO

In der AG mit dem Thema „ Erleichterung der militärischen Mobilität in der EU innerhalb der Strukturen der PESCO“ wurde die Notwendigkeit der Verbesserung der militärischen Mobilität in Europa unterstrichen. Dies sei ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Verteidigung der EU. Gleichzeitig stärke die EU damit ihren Beitrag zur NATO. Abgeordneter **Tobias Pflüger** sprach sich für eine Verbesserung der parlamentarischen Begleitung und Kontrolle der PESCO aus.

IV.3 Die OSZE als Schlüsselpartner im Ost-West-Dialog

In der AG mit dem Thema „Die OSZE als Schlüsselpartner im Ost-West-Dialog“ wurde die Rolle der OSZE im Sicherheitsgefüge des euro-atlantischen und eurasischen Raum dargestellt und die Prinzipien von Helsinki als gemeinsame Wertebasis hervorgehoben. Die OSZE verfüge über eine große Vielfalt an Instrumenten, um den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und Nichtregierungsorganisationen zu befördern. Besonders die Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE hätten einen großen Betrag zur Stärkung der Demokratie in den ehemaligen GUS-Staaten bewirkt.

Berlin, den 15. Januar 2019

Roderich Kiesewetter
Stellvertretender Delegationsleiter

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

V. Schlusserklärung des Ko-Vorsitzes

13. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP)

Wien, 11. – 12. Oktober 2018

Schlusserklärung der Ko-Vorsitzenden

Die 13. Interparlamentarische Konferenz für die GASP/GSVP fand am 11. und 12. Oktober 2018 in Wien statt. An ihr nahmen Abgeordnete aus den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament teil. Die Abgeordneten tauschten Meinungen über eine Vielzahl aktueller außen- und sicherheitspolitischer Fragen aus, die sich in unserer Schlusserklärung widerspiegeln.

Sicherheit, Migration und Kontrolle der Außengrenzen

Wir erinnern an die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes für die Migration, der eine Kohärenz zwischen unserer Innen- und Außenpolitik gewährleistet, alle Migrationsrouten umfasst und sich auf Solidarität, die umfassende Achtung der Menschenrechte, die Einhaltung des Völkerrechts und die Werte, auf denen die EU aufbaut, stützt.

Eine besser gesteuerte internationale Migration ist eine weltweite Verantwortung. Eine langfristige und effektive Antwort auf die menschlichen, sozialen und politischen Herausforderungen von irregulärer Migration und Vertreibung wird eine verstärkte internationale Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern erfordern, um die Ursachen dieses Phänomens anzugehen. Es müssen auch größere Anstrengungen unternommen werden, um sichere und legale Mittel für die Einreise von Flüchtlingen und regulären Migranten in die EU voranzutreiben und die Außengrenzen der EU zu schützen mit dem Ziel, eine irreguläre Einreise in die EU zu verhindern, Menschenhandel und -schmuggel zu bekämpfen und den Verlust von Menschenleben auf See zu verhindern.

Der europäische Beitrag zur Verbesserung der politischen und humanitären Lage in Syrien

Ein inklusiver Dialog, der alle wichtigen Akteure einbezieht, sollte unsere Priorität bleiben; diese Akteure sollten nachdrücklich aufgefordert werden, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Eine Politik der Deeskalation ist für die Stabilität Syriens und der Region von entscheidender Bedeutung, Dies ist wichtig für Syrien, aber auch für seine Nachbarländer, insbesondere den Libanon, Jordanien und die Türkei. Wir rufen die wichtigen regionalen Akteure auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine echte politische Lösung für den Konflikt zu finden.

Der von den VN geleitete Genfer Prozess ist der einzige Weg, der zu einem friedlichen, geeinten, unabhängigen und wirklich demokratischen Syrien in all seiner Vielfalt führen kann. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang in vollem Umfang die Anstrengungen des Sondergesandten für Syrien, Staffan de Mistura. Wir beharren darauf, dass ein von Syrien geführter politischer Prozess mit dem Ziel freier und fairer Wahlen, der von den VN gefördert und überwacht und auf der Grundlage einer neuen Verfassung durchgeführt wird, der einzige Weg ist, um dem Land Frieden zu bringen. Wir betonen, dass ein ganz Syrien umfassender und alle Akteure einbeziehender Waffenstillstand und eine für beide Seiten akzeptable politische Lösung für die Syrienkrise unter der Schirmherrschaft der VN und mit der Unterstützung des VN-Sondergesandten für Syrien erreicht werden kann, wie im Genfer Kommuniqué von 2012 und der Resolution 2254 (2015) des VN-Sicherheitsrates vorgesehen. Wir fordern die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die während des Syrien-Konflikts begangen wurden, nachdrücklich zu verurteilen.

Die europäische Perspektive für die Länder des westlichen Balkans

Wir bestätigen erneut unsere unmissverständliche Unterstützung und unser verstärktes Engagement für greifbare Fortschritte beim Beitritt der Westbalkanländer zur EU auf der Grundlage gemeinsamer Interessen, Werte und Grundsätze wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsbewusstes staatliches Handeln, Medienfreiheit, Achtung der Menschenrechte, Versöhnung und gute nachbarschaftliche Beziehungen sowie bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2018 wurden immense Reformbemühungen in der Region unternommen, und wir fordern die Länder der Region nachdrücklich auf, politischen Willen zu zeigen, um die verbleibenden verfahrenen Situationen durch Versöhnung, Bekämpfung von Straflosigkeit und regionale Zusammenarbeit zu lösen und auf diese Weise eine sichere und nachhaltige europäische Zukunft für die Westbalkanländer zu gewährleisten.

Die Westbalkanländer sollten ihre Widerstandsfähigkeit gegen Einmischungen und Desinformation aus dem Ausland stärken und ihre strategischen Entscheidungen sichern, indem sie sich nach und nach umfassend an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anpassen.

Die Zukunft des Atomabkommens mit dem Iran nach dem Rückzug der USA

Wir bekräftigen erneut unsere volle Unterstützung für den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPoA) und stellen die Initiativen dar, die zur Reaktion auf die Sanktionen der USA unternommen wurden. Die EU wird alle ihr möglichen Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass das iranische Volk weiterhin Nutzen aus dem Atomabkommen zieht. Der Gemeinsame Umfassende Aktionsplan funktioniert und hält sein Ziel ein sicherzustellen, dass das iranische Atomprogramm weiterhin ausschließlich friedlichen Zwecken dient, wie von der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bestätigt. Wir erwarten, dass der Iran alle seine im Rahmen des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans eingegangenen atomaren Verpflichtungen vollständig umsetzt. Wir verurteilen nachdrücklich den Einsatz ballistischer Flugkörper durch den Iran und seine destabilisierenden Aktivitäten in der MENA-Region.

Erleichterung der militärischen Mobilität in der EU im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit

Wir begrüßen die konzertierten Anstrengungen der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten, um die Frage der militärischen Mobilität zu lösen. Das Projekt der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit für militärische Mobilität ist ein wichtiges Instrument zur Koordinierung der Bemühungen der Mitgliedstaaten und zur Behandlung auch derjenigen Aspekte, die nicht über die EU-Gesetzgebung angegangen werden können. Alle an Fragen der militärischen Mobilität beteiligten Parteien sollten ihre Anstrengungen so weit wie möglich koordinieren, um mögliche Doppelarbeit zu vermeiden.

Ist die OSZE ein wichtiger Partner im Ost-West-Dialog?

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist ein integraler Bestandteil der euroatlantischen und der eurasischen Sicherheitsarchitektur. Die Grundsätze und Verpflichtungen von Helsinki besitzen weiter umfassende Gültigkeit und sind für einen nachhaltigen Frieden in Europa von entscheidender Bedeutung. Ihre Achtung muss umfassend wiederhergestellt werden, insbesondere in einer Zeit erhöhter Spannungen in der OSZE-Region, in der zunehmendes Misstrauen die Beziehungen zwischen Ost und West charakterisiert. Es ist mehr denn je von größter Bedeutung, den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und nichtstaatlichen Organisationen in Sicherheitsfragen zu erleichtern. Die OSZE ist ein Forum zur Überwindung der Spaltungen und zur Förderung des Dialogs zwischen Ost und West sowie zur Unterstützung der teilnehmenden Staaten bei der Herstellung von Vertrauen und beim Einsatz für eine gemeinsame und unteilbare euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft.

Andreas Schieder,
Obmann des Außenpolitischen Ausschusses des Österreichischen Nationalrats

Reinhard Eugen Bösch,
Obmann des Landesverteidigungsausschusses des Österreichischen Nationalrats

David McAllister,
Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.